



FraktionsInfo
Ausgabe November / Dezember
2015

SPD-Fraktion in der
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

Inhalt:

Fraktion aktuell:	Ronald Rüdiger folgt Sabine Röhrbein als Vorsteher	Seite 2
	Sicherung der Mobilitätshilfedienste gelungen!	Seite 3
Fraktion im Kiez:	... im Stadtbad Oderberger Straße	Seite 4
Initiativen der SPD-Fraktion zur 35. und 36. BVV		Seite 5

Pressemitteilungen:

„Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow wählt einen neuen Vorsteher“	Seite 15
„Musik- und Volkshochschulen endlich Planungssicherheit ermöglichen!“	Seite 16
„Gesellschaftliche Teilhabe durch Mobilitätshilfedienste auch zukünftig möglich“	Seite 17
„Kein Halt auf freier Strecke!“	Seite 18

Herausgeber: SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin, Fröbelstraße 17, 10405 Berlin.
Email: spd-fraktion-pankow@berlin.de, Internet: www.spd-fraktion-pankow.de. Redaktion: Rona Tietje (ViSdP), Bertram Schwarz, die Sprecherinnen und Sprecher für die Politikfelder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Fraktion wieder. Redaktionsschluss: 31.12.2015, Erscheinungsdatum: 06.01.2016

Fraktion aktuell

Ronald Rüdiger folgt Sabine Röhrbein als Vorsteher

Im Zusammenhang mit ihrem Umzug hinter die Berliner Landesgrenze hat unsere Bezirksverordnete und bisherige Vorsteherin der BVV Pankow, Sabine Röhrbein, mit Wirkung zum 05.11.2015 auf ihr Mandat verzichtet. Als Mitglied der Fraktion ebenso wie als BVV-Vorsteherin hat sie über viele Jahre hinweg die Pankower Bezirkspolitik mitgeprägt. Die Fraktion bedauert ihren Rückzug und dankt Sabine ganz herzlich für ihr großes Engagement, mit dem sie in vielen Bereichen deutliche Spuren für die Pankower Sozialdemokratie hinterlassen hat.



Neu in der BVV-Fraktion: Ina Kaczmarek

Neu in der Fraktion begrüßen wir Ina Kaczmarek, die nach dem Verzicht von Claus Förster für Sabine als Bezirksverordnete nachrückt. Herzlich willkommen, Ina!



Zum Vorsteher gewählt: Ronald Rüdiger

Durch den Mandatsverzicht von Sabine wurde zwischen den Fraktionen in der BVV eine zügige Regelung der Vorsteherin-Nachfolge vereinbart. Entsprechend wurde eine außerordentliche Tagung der BVV zur Nachwahl eines Vorstehers angesetzt, die unmittelbar vor der 35. Tagung der BVV am 11.11.15 stattfand. Zuvor nominierte die SPD-Fraktion Ronald Rüdiger als Nachfolger für das Amt des BVV-Vorstehers und nutzte damit ihr Vorschlagsrecht als stärkste Fraktion. Ronald erhielt mit 37 Ja-Stimmen bei fünf Nein und fünf Enthaltungen ein sehr gutes Ergebnis. Dazu gratulieren wir herzlich und wünschen ihm für sein neues Amt alles Gute und eine glückliche Hand.

Vor der Neuwahl nutzte Sabine die Gelegenheit, um sich in einer sehr persönlichen Rede bei allen Fraktionen für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der BVV zu bedanken. Dabei hob sie insbesondere die vergangenen Haushaltsberatungen hervor, die durch einen konsensualen Stil geprägt waren und appellierte an die Bezirksverordneten, diesen Umgang miteinander trotz des anstehenden Wahlkampfes beizubehalten. Vertreter aller Fraktionen zollten ihr anschließend große Anerkennung und Dank. Auf unserer Weihnachtsfeier am 30.11.2015 wurde Sabine offiziell von der Fraktion verabschiedet. Wir danken ihr herzlich für die geleistete Arbeit in den vergangenen Jahren und wünschen ihr alles Gute!



Verabschiedet: Alles Gute, Sabine!

Fraktion aktuell**Sicherung der Mobilitätshilfedienste gelungen!**

Die Berliner Mobilitätshilfedienste bieten seit mehr als 20 Jahren bewegungseingeschränkten Personen eine Begleitung an und ermöglichen ihnen damit eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Im Juli beschloss die Pankower BVV auf Antrag der SPD-Fraktion, dass sich das Bezirksamt für die langfristige Sicherung der Berliner Mobilitätshilfedienste einsetzen solle. Durch den Wegfall des Bundesprogramms Bürgerarbeit stand eine weitere Finanzierung in Frage und das wichtige Angebot damit auf der Kippe.



Initiator des Antrags: Thomas Bohla

Die Initiative hat sich gelohnt: Die Mobilitätshilfedienste bildeten einen Schwerpunkt in den Verhandlungen zum Rahmenfördervertrag des Integrierten Sozialprogramms und wurden deshalb auch im Landeshaushalt 2016/17 deutlich besser ausgestattet als bisher. Darüber hinaus wurden weitere Vereinbarungen getroffen, beispielsweise zum Einsatz von TeilnehmerInnen in Beschäftigungsmaßnahmen der Jobcenter, die auf die langfristige Sicherung des kürzlich noch in seiner Finanzierung bedrohten Angebots zielen.

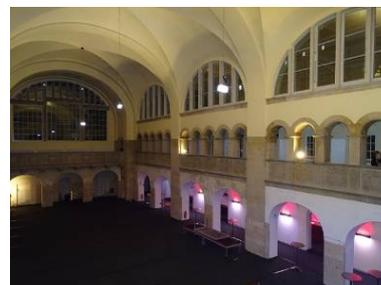
Der Initiator des Antrags, Thomas Bohla, ist zufrieden: „Durch die steigende Zahl älterer Menschen wird der Bedarf an Begleitdiensten in Berlin zukünftig weiter wachsen. Die zuständige Senatsverwaltung hat mit der deutlichen Anhebung der Mittel in den kommenden zwei Haushaltsjahren gezeigt, dass sie auf diese Entwicklung reagiert.“ Ein Erfolg für die Pankower SPD-Fraktion und alle, die auf die Begleitdienste angewiesen sind!

Fraktion im Kiez

... im Stadtbad Oderberger Straße

Als Auftakt der Weihnachtsfeier besuchte die SPD-Fraktion am 30.11.2015 das Stadtbad Oderberger Straße und machte sich ein Bild vom Gebäude, dem Stand der Sanierungsarbeiten und der zukünftigen Nutzung. Die Betreiber der GLS-Sprachenschule kauften mit Zustimmung der BVV Pankow das marode Stadtbad im Jahr 2011 und setzen es seitdem aufwendig instand. Dabei hatten die Bauherren mehrfach mit den Herausforderungen einer denkmalgerechten Sanierung zu kämpfen, der große Aufwand hat sich jedoch gelohnt.

Schon jetzt finden einige Veranstaltungen im großen Saal des 1902 von Ludwig Hoffmann erbauten ehemaligen Volksbads statt, in dem noch der ausgerollte Teppichboden das unmittelbar darunter liegende Schwimmbecken verdeckt. So soll es auch nach der Wiedereröffnung aussehen, die für den Sommer 2016 geplant ist: Öffentliches Schwimmen von Montag bis Freitag, Eventlocation mit Platz für bis zu 800 Personen an den Wochenenden. Hinzu kommen 15 Seminarräume und 70 Hotelzimmer, die das Stadtbad zu einem enorm vielseitigen Veranstaltungsort machen.



Diese Dimension ist dem Gebäude kaum anzusehen, wenn man es von der Oderberger Straße aus betritt. Die kunstvoll gestaltete Fassade lässt allerdings schon auf viel Detailliebe im Inneren schließen. Direkt im Eingangsbereich verraten die in den Empfangstresen eingearbeiteten Original-Fliesen, dass hier Tradition wieder neu belebt wird. Sämtliche Treppenhäuser sind mit den alten schmiede-eisernen Geländern versehen und in jedem Hotelzimmer wurden die alten Türen der Umkleidekabinen sowie weitere Original-Details verbaut. Die Stahlfenster, die zwischenzeitlich die besondere

Aufmerksamkeit der Denkmalschützer hervorriefen, sind da nur ein weiteres Element, die in Summe den speziellen Charme des Gebäudes ausmachen.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion zeigten sich beeindruckt und freuen sich auf die Eröffnung des dann neuen Stadtbades, das sicher ein Anziehungspunkt für die PankowerInnen und ihre Gäste werden wird.

Bezirksverordnetenversammlungen am 11.11. und am 16.12.2015**Initiativen der SPD-Fraktion**

Die 35. Tagung der BVV am 11.11.2015 stand ganz im Zeichen der Wahl eines neuen Vorstehers. Daneben gab es aber auch verschiedene inhaltliche Initiativen der SPD-Fraktion, die im Folgenden zusammengefasst sind:

Antrag:**Nachwahl eines Vorstehers der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin (Drs. VII-1054)**

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin wählt gem. § 11 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herrn Ronald Rüdiger zum Vorsteher nach.

Die bisherige Vorsteherin, Frau Sabine Röhrbein, hat gem. § 6 Abs. 1 Nr. 1 Landeswahlgesetz (LWG) auf ihr Mandat in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin verzichtet. Damit wird laut § 11 Abs. 4 GO BVV Pankow die Nachwahl eines Vorstehers nötig.

 Gewählt mit 37 Ja, 5 Nein und 5 Enthaltungen.

Antrag:**Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer in der Fröbelstraße auffindbar machen (Drs. VII-1035)**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) in der Fröbelstraße 17, Haus 6, Raum 333 und 334, in geeigneter Art und Weise und in Abstimmung mit der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V. als Träger zumindest an den Eingangsbereichen Fröbelstraße und Prenzlauer Allee und in den beiden Treppenaufgängen im Haus 6 auszuschildern.

Der Landesverband der Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V. ist Träger des Welcome-Center Pankow mit der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE). Regelmäßig finden Ratsuchende die Beratungsstelle nicht und suchen diese auf dem Gelände des Bezirksamts. Die Ausschilderung bestand bisher aus zwei laminierten DIN A4-Hinweisblättern am Eingang Prenzlauer Allee und im Haupttreppenhaus des Hauses 6. Das Hinweisblatt im Treppenaufgang im Haus 6 wurde mittlerweile entfernt, da es nicht auf eine bezirkliche Einrichtung hinweist. Oftmals rufen Mitarbeiter des Sozialamtes, des Jugendamtes und anderer Stellen in der Beratungsstelle an, weil Ratsuchende bei ihrer Suche bei ihnen aufgelaufen sind. Deswegen soll zumindest in den beiden Eingangsbereichen Fröbelstraße und Prenzlauer Allee auf das Haus 6 und in den Treppenaufgängen im Haus 6 auf die Etage und die Räume deutlich durch Schilder hingewiesen werden. Die Ausschilderung soll in Abstimmung mit dem Träger erfolgen.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Beleuchtung der beliebten Grünfläche am Weißen See sicherstellen! (Drs. VII-1036)**

Das Bezirksamt wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass die Laternen auf der Grünfläche am Weißen See im Falle eines Defekts zügig repariert bzw. ausgetauscht werden. Dabei ist zu prüfen, ob eine Finanzierung aus Mitteln außerhalb des Bezirkshaushaltes möglich ist (z.B. durch Einwerben von Spenden).

Die Wege auf der Grünfläche rund um den Weißen See sind sowohl bei Spaziergängern als auch als Verbindungsweg zwischen Berliner Allee und Parkstraße beliebt. Außerdem befinden sich auf dem Gelände Gastronomiebetriebe, die bis in die Abendstunden geöffnet haben. Aus diesem Grund haben die Nutzerinnen und Nutzer der Grünfläche ein hohes Interesse daran, dass die Wege nach Einbruch der Dunkelheit beleuchtet werden. Dies gilt insbesondere in den Herbst- und Wintermonaten, in denen es oft schon am späten Nachmittag dunkel wird. Die Beleuchtung dient sowohl ihrer objektiven Sicherheit als auch dem subjektiven Sicherheitsgefühl. Deswegen sollte zumindest die Beleuchtung, die dort schon vorhanden ist, im Falle ihres Ausfalls repariert bzw. ersetzt werden.

 Überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

Antrag:**Kleingewerbe am S+U-Bahnhof Pankow erhalten (Drs. VII-1037)**

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht dafür Sorge zu tragen, dass durch die Baumaßnahmen am S+U-Bahnhof Pankow zur Errichtung eines Fahrradparkhauses kein Kleingewerbe (auch mobiles) vertrieben wird beziehungsweise nahe Ausweichstellplätze zu gleichen Rahmenbedingungen durch den Bezirk angeboten werden.

Am S+U-Bahnhof Pankow bestehen in der Florastraße, direkt vor und zwischen den Ausgängen des Bahnhofs, seit vielen Jahren mobile Kleingewerbe (Obst- und Gemüsestand und Mediterrane Spezialitäten). Durch die begrüßenswerten Baumaßnahmen zur Errichtung eines Fahrradparkhauses sind die Standorte und damit die Gewerbe selbst gefährdet.

Beide mobilen Gewerbe erfreuen sich großer Beliebtheit bei der Bevölkerung und werden gerne und viel genutzt.

Um sicher zu stellen, dass beide Gewerbe auch weiterhin am Standort S+U-Bahnhof Pankow bleiben können, wird das Bezirksamt gebeten im Falle einer nötigen Nutzungskündigung oder nicht neu zu erteilenden Nutzungsgenehmigung, welche ggf. durch die Baumaßnahmen bedingt sind, einen vergleichbaren Ausweichstandort zu gleichen Konditionen anzubieten.

 Überwiesen in den Ausschuss für Verkehr und öffentliche Ordnung; nach Beratung in geänderter Form als positive Beschlussvorlage zur 36. BVV eingebracht und beschlossen.

Antrag:**Planungssicherheit für das Angebot von Volkshochschule und Musikschule gewährleisten! (Drs. VII-1038)**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen, der Senatsverwaltung für Bildung sowie im Rat der Bürgermeister dafür einzusetzen, dass für die jährliche Anpassung der Honorare der Volkshochschul- und Musikschullehrer an die Tarifentwicklung ein verbindliches und einheitliches Verfahren entwickelt wird, nach dem die zusätzlichen Kosten vom Land ausgeglichen werden.

Nach § 3 Abs. 3 der AV Honorare VHS vom 02.11.2013 bzw. § 4 Abs. 5 der AV Honorare MuS folgen die Honorarsätze der Musikschul- bzw. Volkshochschullehrer der Entwicklung der tariflichen Angestellten im Land Berlin. Die Anpassung erfolgt jeweils zum 01. August des darauffolgenden Jahres. Die Regelungen sind wichtig, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse in diesem Bereich zu vermeiden.

Problematisch ist allerdings, dass es bisher keine verbindliche Klärung gibt, von wem diese zusätzlichen Kosten zu tragen sind. Die Bezirke sind ohne einen Angebotsabbau nicht in der Lage, diese Mittel aus ihren Haushalten zu finanzieren. Daher sollte darauf hingewirkt werden, hier eine Vereinbarung zu treffen, nach der diese Kosten vom Land abzufedern sind, etwa im Rahmen der Basiskorrektur.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Stille Straße 10 wird Tschaikowskistraße 14 (Drs. VII-1039)**

Das Bezirksamt wird ersucht, das Vorhaben der Volkssolidarität zur Errichtung einer Einrichtung der Behindertenhilfe in der Tschaikowskistraße 14 bei gleichzeitiger barrierefreier Unterbringung des Seniorentreffs Stille Straße 10 in der Einrichtung zu unterstützen.

Weiterhin wird das Bezirksamt ersucht, den notwendigen Beschluss zur Aufstellung des erforderlichen B-Plans zu fassen sowie zu prüfen, ob nach Fertigstellung der Einrichtung und Verlagerung des Seniorentreffs eine Abgabe des Grundstücks Stille Straße 10 an die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) möglich ist und dies gegebenenfalls gegenüber BIM und Senat zu erklären.

Der Beschluss der BVV ist der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und dem Senat von Berlin zu übermitteln.

Noch immer bestehen Engpässe bei der Versorgung von Menschen mit Behinderung mit adäquatem Wohnraum. Vor diesem Hintergrund ist das Vorhaben der Volkssolidarität zur Errichtung einer Einrichtung der Behindertenhilfe mit Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderung sowie betreutem Wohnen in Verbindung mit einem Seniorentreff zu begrüßen. Die ursprüngliche Planung zur Realisierung des Projektes auf dem Grundstück Stille Straße 10 scheiterte auf Grund der geringen Größe des Grundstücks und der nicht bestehenden Möglichkeit eines Zukaufs der Nachbargrundstücke Stille Straße 12 und 14.

Das Projekt der Volkssolidarität bietet hier eine gute Möglichkeit zur Bündelung sozialer Angebote und würde eine dauerhafte Sicherung des Seniorentreffs Stille Straße 10 ermöglichen. Das Grundstück Stille Straße 10 könnte im Gegenzug für die Bebauung mit Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Ein deutliches Signal der BVV zum weiteren Umgang mit dem Seniorentreff Stille Straße 10 ist vor Jahresende erforderlich.

- ➔ Überwiesen in den Ausschuss für Finanzen, Personal und Immobilien (federführend) sowie die Ausschüsse für Stadtentwicklung und Grünanlagen sowie Arbeit, Soziales, Gesundheit und Senioren (mitberatend); nach Beratung in geänderter Form als positive Beschlussvorlage zur 36. BVV eingebracht und beschlossen.

Am 16.12.2015 kam die Pankower BVV zu ihrer 36. ordentlichen Tagung zusammen, die zugleich den Jahresabschluss bildete. Die umfangreiche Tagesordnung enthielt vier Anträge der SPD-Fraktion sowie einen gemeinsamen Antrag mit der Linksfraktion:

Gemeinsamer Antrag SPD und Linksfraktion:**Kavalierstraße 19/19a (Drs. VII-1065)**

Die BVV möge beschließen:

1. Die BVV spricht sich dafür aus, dass das Modernisierungsvorhaben der Gesobau für das Haus Kavalierstraße 19/19a sofort gestoppt wird und alle Duldungsklagen gegen die MieterInnen zurückgezogen werden.
2. Die BVV spricht sich für eine soziale und ökologisch nachhaltige sowie sozialverträgliche Bewirtschaftung aus, die der besonderen architektonischen und baugeschichtlichen Qualität des Hauses dauerhaft entspricht.
3. Die BVV fordert daher die Gesobau auf, eine von den MieterInnen getragene, genossenschaftliche Trägerschaft mit diesen Zielen zu ermöglichen, und das Haus mit der Maßgabe an diese oder eine geeignete Genossenschaft zu verkaufen oder zu verpachten.
4. Die BVV ersucht das Bezirksamt, sich in diesem Sinne gegenüber der Gesobau und dem Senat von Berlin einzusetzen.

Die Gesobau konnte bei dem Sanierungsvorhaben Kavalierstraße 19/19a keine Verständigung mit den MieterInnen über den Umfang der Sanierungsmaßnahmen finden. Die MieterInnen haben mit Engagement und viel Sachverstand der Standard-Sanierung der Gesobau ihre Zustimmung verweigert, weil diese die Bausubstanz und den bauhistorischen Wert des Hauses zerstören würde. Die Gesobau sah sich außer Stande, diesen Einwendungen zu folgen und hat alle noch im Haus wohnenden MieterInnen auf Duldung der umstrittenen Maßnahmen verklagt.

Die MieterInnen streben nun an, die Sanierung und Bewirtschaftung des Hauses in einer von den MieterInnen getragenen genossenschaftlichen Rechtsform zu realisieren, um mit der guten Bausubstanz und dem bauhistorischen Wert des Hauses angemessen und nachhaltig umzugehen, sozialverträglich und gemeinschaftsgetragen zu sanieren und allen MieterInnen den Verbleib im Haus zu ermöglichen.

Grundsätzlich erwartet die BVV, dass die Gesobau und die anderen kommunalen

Wohnungsbaugesellschaften in der Lage sind, ihre Bestände nachhaltig, sozial und im Einvernehmen mit den MieterInnen zu sanieren und zu bewirtschaften. In Einzelfällen mag dies nur schwer erreichbar sein. Dann gilt es ein alternatives Modell zu finden, das eine nachhaltige und soziale Bewirtschaftung der Wohnhäuser dauerhaft sicherstellt. Dabei sind genossenschaftliche oder andere gemeinnützige Trägerformen zu erarbeiten.

Die BVV unterstützt die Initiative der MieterInnen der Kavalierstraße 19/19a, das Haus in die Bewirtschaftung und Verwaltung einer MieterInnengenossenschaft zu überführen (Verkauf/Verpachtung). Sie erwartet, dass die Gesobau bei dieser Lösung kooperativ mitwirkt und ersucht das Bezirksamt, entsprechend tätig zu werden.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Kein Rot ohne Not (Drs. VII-1060)**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt dafür einzusetzen, dass an der Kreuzung Prenzlauer Allee/ Erich-Weinert-Straße die Schaltung der Lichtsignalanlage dahingehend verändert wird, dass für Fußgänger zur Querung der Straßenbahngleise nur dann Rot angezeigt wird, wenn auch Straßenbahnen fahren und die Durchlässigkeit der Kreuzung insgesamt, insbesondere aber auf der Prenzlauer Allee, durch die Vermeidung unnötiger Rotsignalisierungen verbessert wird.

Auch wenn keine Straßenbahnen fahren, schaltet die Lichtsignalanlage für Fußgänger bei der Querung der Straßenbahngleise auf der Prenzlauer Allee an der Erich-Weinert-Straße auf Rot, während gleichzeitig die Lichtsignalanlage für die Querung der beiden Fahrspuren des motorisierten Verkehrs auf der Prenzlauer Allee durch Fußgänger Grün zeigt.

Darüber hinaus gibt es Phasen, in der die komplette Kreuzung sowohl für Fußgänger, als auch für den Fahrrad- und Kraftfahrzeugverkehr rot-signalisiert ist, obwohl es hierfür keinen erkennbaren Grund gibt. Diese Phasen reduzieren die Leistungsfähigkeit dieses Knotens für alle Verkehrsteilnehmer ohne erkennbaren Grund.

 In 2. Ausfertigung ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Freie Bahn für die Stammstrecke der Heidekrautbahn (Drs. VII-1061)**

Die BVV Pankow bekräftigt ihr verkehrspolitisches Ziel der zügigen Wiederinbetriebnahme des Personenverkehrs auf der Stammstrecke der Heidekrautbahn und der umsteigefreien Fahrt von und bis zum Bahnhof Gesundbrunnen.

Die BVV ersucht das Bezirksamt, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt dafür einzusetzen, dass der Wiederaufbau der Nordbahn zwischen Hohen Neuendorf und Schönholz bzw. Gesundbrunnen nicht mehr als Fernverkehrsstrecke zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet wird und somit die Sanierung und Wiederherstellung der Stammstrecke der Heidekrautbahn auf Regionalbahnniveau ermöglicht wird.

Die BVV ersucht das Bezirksamt weiter, beim Kommunalen Nachbarschaftsforum eine entsprechende Beschlussfassung zu erwirken.

Die BVV ersucht das Bezirksamt weiter, beim Land Brandenburg und den anliegenden Gebietskörperschaften entlang der Heidekrautbahn für die Unterstützung dieses Anliegens zu werben und gemeinsam gegenüber den Ländern und dem Bund in diesem Sinne zu agieren.

Seit einigen Jahren liegt eine positive Kosten-Nutzen-Untersuchung für die Wiederinbetriebnahme der Stammstrecke der Heidekrautbahn vor. Der Bau eines Regionalbahnhalts am Bf. Wilhelmsruh ist durch einen Planfeststellungsbeschluss jederzeit möglich. Die Wiederaufnahme des Betriebes ist Bestandteil des Koalitionsvertrages der Berliner Landesregierung. Auch das Land Brandenburg ist für die Wiederaufnahme des Betriebes auf der Stammstrecke. Gleiches gilt für die kommunalen Gebietskörperschaften entlang der Strecke, einschließlich des Bezirks Pankow.

Zu den notwendigen Investitionen und der Bestellung des Fahrbetriebes fanden zahlreiche Abstimmungstermine statt. Die Investitionen betreffen den im Eigentum der Niederbarnimer Eisenbahngesellschaft befindlichen Streckenteil ab dem Bahnhof Wilhelmsruh und den kürzeren, im Eigentum von DB Netz befindlichen Abschnitt zwischen Bf. Wilhelmsruh und dem Abzweig Schönholz. Letzterer ist dabei das Hauptproblem.

Der Streckenabschnitt zwischen Schönholz und dem Bf. Wilhelmsruh ist Teil der sogenannten Nordbahn und als eines der bis heute nicht realisierten Verkehrsprojekte für den Fernverkehr vorgesehen und somit planungsbefangen. Dabei handelt es sich um Eisenbahnverkehre in Richtung Rostock und Stralsund, die über Frohnau und Hohen Neuendorf geführt werden sollten. Mit dieser früher vorhandenen Verbindung ließe sich die Fahrtzeit gegenüber der seit 25 Jahren genutzten Führung über den nord-östlichen Berliner Außenring und Blankenburg um wenige Minuten verringern. Demgegenüber

stehen langjährige Planverfahren, hohe Investitionskosten und absehbare Proteste der AnwohnerInnen im Ortsteil Frohnau, wie sie aus Lichtenrade bekannt sind. Der gegenüber dem Regionalverkehr viel höhere Ausbaustandard steht derzeit einer Wiederherrichtung der Strecke für den Regionalverkehr auf der Stammstrecke der Heidekrautbahn entgegen.

Das Land Berlin hat mittlerweile die Errichtung des sogenannten Turmbahnhofs Karower Kreuz bei der DB Netz bestellt. Dieser Bahnhof, der keinen Quell- und/oder Zielverkehr hervorruft, rechtfertigt sich aus der Umsteigeoptimierung von Regionalverkehren zwischen Oranienburg und Berlin-Buch, Bernau bzw. Eberswalde. Damit ist – wenn auch nicht öffentlich verkündet und von der Öffentlichkeit daher auch nicht bemerkt – die Grundsatzentscheidung gefallen, dass die Regionallinien in Richtung Rheinsberg, Rostock, Stralsund und Templin weiterhin und dauerhaft über den Berliner Außenring und nicht über die Nordbahn fahren werden. Andernfalls wäre die Errichtung des Turmbahnhofs ein Fall für den Bund der Steuerzahler und den Rechnungshof. Damit bliebe für die Nordbahn nur der Fernverkehr übrig. Dieser umfasst im Fahrplan 2016 einen IC-Zug pro Richtung und Tag auf der Relation Rostock-Berlin. Die Fernzüge von und nach Stralsund verkehren ausschließlich über Eberswalde. Mit einem Zugpaar ist der Wiederaufbau der Nordbahn auf Fernverkehrsniveau wirtschaftlich nicht darstellbar und angesichts der geringen Fahrzeitgewinne auch für die Fahrgäste nur von äußerst geringem Nutzen.

Vor diesem Hintergrund ist es im Sinne einer deutlichen Verbesserung des Regionalverkehrs im nördlichen Berliner Umland und im Norden des Bezirks Pankow sinnvoll, den Wiederaufbau des Streckenabschnittes Bf. Wilhelmsruh und Abzweig Schönholz auf den Mindeststandard für den Regionalverkehr zu begrenzen. Dazu ist es erforderlich, den Ausbau als Fernverkehrsstrecke nicht weiterzuverfolgen. Dementsprechend soll das Land Berlin den Abschnitt Hohen Neuendorf – Gesundbrunnen explizit nicht weiter für den Bundesverkehrswegeplan als Fernbahnstrecke anmelden und sich im Gegenteil für die Herausnahme aus dem aktuellen Bundesverkehrswegeplan einsetzen. Genau diese Verankerung im Bundesverkehrswegeplan steht gemäß den Ausführungen von Staatssekretär Gaebler beim Kommunalen Nachbarschaftsforum am 19.11.2015 einer zügigen Realisierung der Wiederinbetriebnahme der Stammstrecke der Heidekrautbahn entgegen, da sich die Länder Berlin und Brandenburg haben über die Finanzierungsfragen sowie die Bestellung der Fahrleistungen bereits verständigt haben.

Das Bezirksamt soll deshalb in diesem Sinne tätig werden.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug auch in Pankow nutzen
(Drs. VII-1063)**

Das Bezirksamt wird ersucht, die im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes beschlossenen neuen Regelungen für den Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug im Bezirk Pankow bekannt zu machen. Des Weiteren sollen Bedarfe und mögliche Einsatzorte der Bundesfreiwilligen in Rücksprache mit den Trägern der Not- und Gemeinschaftsunterkünfte in Pankow abgestimmt werden.

Die neuen Regelungen für den Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug sind ein gutes Signal für die weitere Unterstützung des Ehrenamtes bei der Flüchtlingshilfe. Der Bundesfreiwilligendienst bietet auch im Bezirk Pankow Chancen, weitere Freiwillige für die Arbeit in den Not- und Gemeinschaftsunterkünften zu gewinnen und einzusetzen.

Die Einsatzplanungen müssen einen konkreten Flüchtlingsbezug aufweisen. Darunter werden insbesondere die Hilfe bei der Unterbringung, Versorgung, gesellschaftlichen Orientierung und Integration von Flüchtlingen sowie die Koordinierung des bürgerschaftlichen Engagements verstanden.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Antrag:**Verkehrssicherheit in Berlin-Blankenburg auf dem Karower Damm in Höhe der
Treseburger Straße verbessern (Drs. VII-1064)**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Verkehrssicherheit an der Kreuzung Karower Damm / Treseburger Straße in Berlin-Blankenburg zu verbessern und sich deshalb mit Nachdruck bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt für die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs mit Mittelinsel einzusetzen.

Der Karower Damm ist auch in Höhe der Treseburger Straße eine vielbefahrene Hauptverkehrsstraße und trennt ein Wohngebiet und ein Gewerbegebiet mit Einkaufsmöglichkeiten. Dort befindet sich die Bushaltestelle Treseburger Straße. Für Kinder und für ältere Menschen ist die Überquerung ohne bauliche Hilfen bei dichtem Straßenverkehr schwierig. Ein Fußgängerüberweg mit Mittelinsel würde die Überquerung des Karower Damms ungefährlicher machen.

 Ohne Änderungen in der BVV beschlossen.

Pressemitteilung vom 11.11.2015

Bezirksverordnetenversammlung Pankow wählt neuen Vorsteher

SPD-Fraktion Pankow zur Wahl von Ronald Rüdiger / Dank an Sabine Röhrbein

In einer außerordentlichen Sitzung hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow heute einen neuen Vorsteher gewählt: Der SPD-Bezirksverordnete Ronald Rüdiger folgt auf Sabine Röhrbein, die das Amt seit Beginn der Wahlperiode 2011 inne hatte. Sie hatte zuvor ihren Mandatsverzicht erklärt und dies mit ihrem Umzug kurz hinter die Berliner Landesgrenze begründet. Damit wurde die Nachwahl eines Vorstehers nötig, für den die SPD-Fraktion als stärkste Fraktion in der Pankower BVV das Vorschlagsrecht besitzt. Die übrigen Fraktionen verzichteten auf GegenkandidatInnen. Ronald Rüdiger erhielt 37 Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen, weitere fünf Bezirksverordnete stimmten mit Nein.

„Mit Ronald Rüdiger übernimmt ein erfahrener Kommunalpolitiker das Amt des BVV-Vorstehers“, so die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Rona Tietje. „In den vergangenen neun Jahren hat er sich durch seine Arbeit in den verschiedenen Gremien der Pankower BVV überparteilich Respekt erworben. Dies ist insbesondere ein Jahr vor Ablauf der Wahlperiode eine hervorragende Voraussetzung für eine erfolgreiche Amtsführung. Dafür wünsche ich ihm im Namen der gesamten Fraktion alles Gute.“ Gleichzeitig bedankt sie sich bei der bisherigen Vorsteherin Sabine Röhrbein für die geleistete Arbeit: „Mit Sabine Röhrbein verlässt eine profilierte Kommunalpolitikerin die SPD-Fraktion, die vor allem in der Gleichstellungspolitik Akzente gesetzt und wichtige Projekte vorangetrieben hat. Ihre Expertise und langjährige Erfahrung wird uns fehlen. Als Vorsteherin waren ihr die Anerkennung des Ehrenamts und die Pflege der Städtepartnerschaften Anliegen, die sie mit großem Engagement verfolgte. Dafür danke ich ihr herzlich und hoffe, dass sie der Fraktion trotz ihres Wegzugs auch zukünftig verbunden bleibt.“

Pressemitteilung vom 11.11.2015

Musik- und Volkshochschulen endlich Planungssicherheit ermöglichen!

SPD-Fraktion Pankow fordert verbindliche Verfahren zur Honorar-Anpassung

Seit einigen Jahren ist die Anpassung der Honorare von Musik- und VolkshochschullehrerInnen an die Gehaltsentwicklung der tariflich Angestellten im Land Berlin gekoppelt. Diese Anpassung ist jeweils zum August des Folgejahres vorzunehmen und soll dabei helfen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden. Diese werden durch eine zunehmende Einstellung von LehrerInnen an Musik- und Volkshochschulen auf Honorarbasis anstelle einer Festanstellung begünstigt. Bisher ist jedoch ungeklärt, von wem die zusätzlich entstehenden Kosten der Honoraranpassung getragen werden.

Deshalb fordert die SPD-Fraktion zur heutigen 35. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow das Bezirksamt dazu auf, sich für eine Klärung einzusetzen. „Die Unsicherheit in dieser Frage belastet vor allem die betroffenen LehrerInnen an den Musik- und Volkshochschulen, betrifft aber auch die Bezirke“, erklärt die kulturpolitische Sprecherin und Vorsitzende der SPD-Fraktion Pankow, Rona Tietje. „Ohne einen Abbau bei den Angeboten, der einer Stellenkürzung gleichkommt, sind die Bezirke nicht in der Lage diese Kosten aus ihren Haushalten zu finanzieren. Daher setzen wir uns für ein verbindliches und einheitliches Verfahren ein, dass allen Seiten Planungssicherheit ermöglicht. Das wäre durch eine direkte Bereitstellung der Mittel zur Honorar-Anpassung vom Land möglich oder aber indem dafür aufgewendete Bezirksmittel durch die Basiskorrektur kompensiert werden. Auf diese Weise kann das qualitativ gute Angebot an den Musik- und Volkshochschulen gehalten werden, ohne dies zu Lasten der Lehrerinnen und Lehrer gehen zu lassen.“

Pressemitteilung vom 16.12.2015

Gesellschaftliche Teilhabe durch Mobilitätshilfedienste auch zukünftig möglich

SPD-Fraktion Pankow setzt sich erfolgreich für die Sicherung des Begleitangebots ein

Die Berliner Mobilitätshilfedienste bieten seit mehr als 20 Jahren bewegungseingeschränkten Personen eine Begleitung an und ermöglichen ihnen damit eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Durch den Wegfall des Bundesprogramms Bürgerarbeit, das einen erheblichen Teil der Finanzierung der Berliner Mobilitätshilfedienste abgedeckt hat, war die langfristige Sicherung dieses niedrighschwelligigen Hilfeangebots gefährdet. Der auf Initiative der SPD-Fraktion zur 33. Tagung gefasste Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat nun bewirkt, dass die besondere Bedeutung der Mobilitätshilfedienste im inzwischen verabschiedeten Landeshaushalt 2016/17 berücksichtigt wurde. Die Angebote des Integrierten Sozialprogramms (ISP), zu denen auch die Mobilitätshilfedienste gehören, sind demnach mit etwa 1,5 Mio. € pro Haushaltsjahr deutlich aufgestockt worden.

Das begrüßt der SPD-Bezirksverordnete Thomas Bohla und erklärt: „Durch die steigende Zahl älterer Menschen wird der Bedarf an Begleitdiensten in Berlin zukünftig weiter wachsen. Die zuständige Senatsverwaltung hat mit der deutlichen Anhebung der Mittel in den kommenden zwei Haushaltsjahren gezeigt, dass sie auf diese Entwicklung reagiert. Zusätzlich wurde mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg und den Jobcentern vereinbart, Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Beschäftigungsmaßnahmen für die Mobilitätshilfedienste einzusetzen. Die Initiative der Pankower SPD-Fraktion hat dazu beigetragen, den Bereich der Altenhilfe zu einem inhaltlichen Schwerpunkt in den Verhandlungen zum neuen ISP-Rahmenfördervertrag zu machen, der ab 2016 gelten wird. Dieser Erfolg bestärkt uns darin, weiterhin für ein selbstbestimmtes Leben im Alter einzutreten.“

Pressemitteilung vom 16.12.2015**Kein Halt auf freier Strecke!***SPD-Fraktion Pankow für Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn-Stammstrecke*

Die Wiederinbetriebnahme der Stammstrecke der Heidekrautbahn, die eine umsteigefreie Fahrt von und bis zum Bahnhof Gesundbrunnen ermöglichen würde, ist bereits seit einigen Jahren in der Diskussion. Trotz positiver Kosten-Nutzen-Untersuchungen und einer zustimmenden Haltung der Länder Berlin und Brandenburg sowie der anliegenden Gemeinden konnte bisher kein Fortschritt erzielt werden. Grund dafür ist der Streckenabschnitt zwischen Schönholz und dem Bahnhof Wilhelmsruh, der als Teil der sogenannten Nordbahn bislang für den Fernverkehr vorgesehen ist – obwohl dort im Fahrplan 2016 nur ein IC-Zug pro Tag und Richtung auf der Verbindung Rostock-Berlin verkehrt. Durch die von Staatssekretär Gaebler auf dem Kommunalen Nachbarschaftsforum jüngst bekanntgegebene Bestellung eines Turmbahnhofs am Karower Kreuz bei der DB Netz hat sich der Senat nun aber darauf festgelegt, die bestehenden Regionallinien in das nördliche Berliner Umland auch weiterhin über den Außenring zu führen. Die SPD-Fraktion in der BVV Pankow fordert deshalb zur heutigen 36. Tagung die Herausnahme der Nordbahn als Fernbahnstrecke aus dem Bundesverkehrswegeplan, um sie zukünftig für den Regionalverkehr nutzen zu können.

Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Pankow, Roland Schröder: „Mit einem Zugpaar ist der Wiederaufbau der Nordbahn auf Fernverkehrsniveau wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. Auch die geringen Fahrzeitgewinne von nur wenigen Minuten wären angesichts jahrelanger Planungen und des erheblichen Investitionsbedarfs unverhältnismäßig. Wie die Inbetriebnahme des Regionalverkehrs auf der Strecke finanziert werden könnte, ist dagegen zwischen den Beteiligten längst geklärt. Anstatt also den Ausbau als Fernverkehrsstrecke durch die fortbestehende Anmeldung im Bundesverkehrswegeplan formal weiterzuverfolgen, sollte durch den Verzicht darauf endlich der Weg für die Stammstrecke der Heidekrautbahn frei gemacht werden.“